

1464/AB
vom 04.07.2025 zu 1988/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwet.gv.at
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.355.523

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1988/J-NR/2025

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat MMMag. Dr. Axel Kassegger und weitere haben am 06.05.2025 unter der **Nr. 1988/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Corona-Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung im Industriebereich** gerichtet.

Diese Anfrage, die sich zur Gänze auf vor meiner Amtszeit gelegene Sachverhalte bezieht, beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 10

- *Wie viele Arbeitnehmer im Industriebereich waren im Zeitraum 2021-2022 von betrieblichen Zutrittsverboten aufgrund fehlender 2G-/3G-Nachweise betroffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)*
- *Gibt es im Ministerium Erkenntnisse darüber, wie viele Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie aufgrund der Corona-Zutrittsregelungen beendet wurden?*
- *Wurden dem Ministerium Fälle bekannt, in denen industrielle Betriebe ihre Produktion temporär einschränken mussten, weil aufgrund von 2G-/3G-Regelungen nicht mehr ausreichend Personal zur Verfügung stand?*
- *Welche Maßnahmen wurden seitens des Ministeriums gesetzt, um betriebliche Konflikte im Zusammenhang mit 2G/3G-Vorgaben zu entschärfen oder die soziale Verträglichkeit sicherzustellen?*

- *Wurde evaluiert, ob die Zutrittsregelungen im Industriebereich im Vergleich zur tatsächlichen epidemiologischen Lage verhältnismäßig waren?*
- *Gibt es Einschätzungen des Ministeriums über den volkswirtschaftlichen Schaden, der durch die beschränkte Verfügbarkeit von Arbeitskräften im Industriebereich infolge der Corona-Maßnahmen entstanden ist?*
- *Wurden industriepolitische Interessen bei der Erarbeitung der 2G-/3G-Vorschriften berücksichtigt?*
 - *Wenn ja, in welcher Form?*
- *Wie viele Fälle von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen sind dem Ministerium aus dem Industriebereich bekannt?*
- *Gibt es Hinweise darauf, dass es infolge der Impf- bzw. Testpflicht zu verstärkten Frühpensionierungen oder längeren Krankenständen kam?*
- *Welche Maßnahmen wurden seither gesetzt, um die Resilienz industrieller Betriebe gegenüber solchen Regelungen in künftigen Krisen zu stärken?*

Unbeschadet dessen, dass diese Fragen keinen dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus betreffen, ist dem Ressort dazu nichts bekannt.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

